



Informationen der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft + Gewerbe des Kantons Solothurn

*Geschäftsstelle: Andreas Gasche · Kantonal-Solothurnischer Gewerbeverband · Hans Huber-Strasse 38 · 4500 Solothurn
Telefon 032 624 4 624 · Mobile 079 629 02 44 · andreas.gasche@kgv-so.ch · www.wirtschaftspolitik-so.ch*

Stellungnahme zu den Geschäften der bevorstehenden Kantonsratssession

Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

Der Vorstand der Parlamentarischen Gruppe hat an seiner Vorstandssitzung vom 2. November 2021 die wirtschaftsrelevanten Geschäfte¹ für die bevorstehende VI. Kantonsratssession vom 9./10. & 17. November 2021 beraten. Wir erlauben uns, Sie über die Empfehlungen des Vorstandes der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft + Gewerbe zu informieren.

06 SGB 130/2021 Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Bericht über die Erfüllung des Leistungsauftrags für die Jahre 2018–2020; Genehmigung (DBK)

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, dem Geschäft zuzustimmen. Die Parlamentarische Gruppe Wirtschaft + Gewerbe beobachtet die Entwicklung der FHNW weiterhin positiv kritisch.

Begründung: Der Vorstand stellt fest, dass die FHNW die Covid-19-Krise grundsätzlich gut gemeistert hat. Die rasche Umstellung auf Online-Unterricht hat sichergestellt, dass die Unterrichtsqualität weiterhin gewährleistet war.

Der Vorstand der PG W + G stellt allerdings auch fest, dass das Verhältnis von Mitarbeitenden im administrativen Bereich verglichen zur Anzahl Studierenden in einem Missverhältnis steht.

Positiv zu erwähnen ist, dass sich der Standort Olten gut entwickelt hat. Die Hochschule für Wirtschaft ist ein Leuchtturm der FHNW. Es gilt zum Standort Olten Sorge zu tragen. Eher enttäuschend ist die Entwicklung am Standort Brugg. Der Rückgang der Studierenden bei der Hochschule für Technik ist angesichts des fortwährenden Fachkräftemangels bedenklich.

10 A 020/2021 Auftrag Nicole Wyss (SP, Oensingen): Aktionsplan zur Gleichstellung von Frau und Mann im Kanton Solothurn (FD)

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, sowohl den Auftrag als auch den Wortlaut des Regierungsrates abzulehnen.

Begründung: Der Regierungsrat verlangt, die bestehenden Strukturen der Anlaufstellen für Gleichstellungsfragen so zu reorganisieren, dass der Fokus für Umsetzungsstrategie und der Aktionsplan zur Gleichstellung ausserhalb der kantonalen Verwaltung, sprich in der Privatwirtschaft, liegen.

¹ Die Parlamentarische Gruppe Wirtschaft und Gewerbe behandelt in erster Linie Sachgeschäfte, Rechtsetzungsgeschäfte und Aufträge. Der Vorstand nimmt in der Regel keine Stellung zu Interpellationen.

Die PG W + G lehnt diesen weiteren Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit vehement ab. Die Privatwirtschaft hat allein aufgrund des Fachkräftemangels ein ur-eigenes Interesse nach einer Gleichstellung von Frau und Mann. Zudem laufen bereits beim Bund entsprechende Gleichstellungsprogramme, welche vor allem die Privatwirtschaft betreffen. Es braucht nun nicht noch zusätzliche Ressourcen und Massnahmen im Kanton.

16 A 250/2020 Auftrag Thomas Studer (CVP, Selzach): Förderung von Solothurner Holz (VWD)

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, den Auftrag abzulehnen.

Begründung: Holz als Rohstoff im Bau und als Brennstoff ist zwar präsent und durchaus sinnvoll. Der Regierungsrat selber sagt: «Staatliche Eingriffe in einen Markt sind grundsätzlich kritisch zu sehen.» Im selben Atemzug widerspricht er sich aber selber und erklärt, weshalb genau diese Aussage im Fall von Holz nicht zählt.

Der Vorstand der Parlamentarischen Gruppe W + G ist der Auffassung, dass Eingriffe in den Markt nur in äussersten Notfällen gemacht werden sollten. Im vorliegenden Fall liegt wohl kein äusserster Notfall, sondern das Interesse einer betroffenen Branche, vor.

Der Kanton hat soeben ein Holzkonzept 2020 veröffentlicht. Die darin beschriebenen Massnahmen gehen in die richtige Richtung. Es gilt den Rohstoff Holz dem Bauherrn näher zu bringen und die Gemeinden von den Vorteilen einer Schnitzelheizung zu überzeugen.

Holz ist ein Rohstoff, der in der Umgebung, in der er wächst, verwertet werden sollte. Das soll jedoch marktgerecht und ohne Subventionspolitik passieren. Aktuell sind zudem die Holzpreise wieder im Begriff zu steigen und das durch Stürme, Borkenkäfer und Trockenheit verursachte Überangebot wurde durch die steigende Nachfrage getilgt.

17 A 251/2020 Auftrag fraktionsübergreifend: Public Private Partnership für die kantonale Standortförderung (VWD)

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, den Vorstoss in seiner ursprünglichen Form zu unterstützen.

Sollte dieser Antrag unterliegen, empfiehlt der Vorstand der Parlamentarischen Gruppe W + G dem Antrag der UMBAWIKO zuzustimmen.

Begründung: Der Antrag des Regierungsrates entspricht der heutigen Realität. Eine Annahme dieses Antrages würde also an der heutigen Handhabung nichts ändern.

In einer Public Private Partnership (PPP) arbeiten die öffentliche Hand mit privaten Akteuren als Partner zur Erfüllung von öffentlichen Aufgaben zusammen,

indem sie ihre finanziellen und personellen Ressourcen bündeln und sowohl das Risiko als auch die Verantwortung für die Erbringung dieser Aufgabe gemeinsam tragen.

Ziel des PPP ist, die Aufgaben der Standortförderung gemeinsam besser bewältigen zu können als allein durch die öffentliche Hand. Ein PPP kann bei konkreten Aufgaben, wie beispielsweise der Anlaufstelle für Unternehmen oder der Standortpromotion, oder auch bei ausgewählten Projekten, wie zum Beispiel bei der Schaffung eines Industrieparks, sinnvoll sein.

Der Vorstoss verlangt, die kantonale Fachstelle Standortförderung als Public Private Partnership zu organisieren und dem Parlament einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorzulegen. Die Politiker und die Verbände können in diesem Gesetzgebungsprozess die Rahmenbedingungen aushandeln.

Die Parlamentarische Gruppe Wirtschaft + Gewerbe fordert den Regierungsrat auf, die Fachstelle Standortförderung wieder ihre primäre Arbeit machen zu lassen. Die Fachstelle Standortförderung hat bei der Unterstützung der Wirtschaft während der Pandemie und insbesondere bei der Umsetzung der Härtefallmassnahmen hervorragende Arbeit geleistet. Es ist aber aus unserer Sicht Aufgabe des Finanzdepartements, die Missbräuche im Bereich der Härtefälle zu prüfen. Wir fordern den Regierungsrat auf, die Fachstelle Standortförderung von allen Corona-Aufgaben zu entlasten, damit sich diese nach bald 18 Monaten wieder um die ihr zugewiesenen Aufgaben kümmern kann.

25 A 028/2021 Auftrag Fraktion SVP: Regierungsrat setzt sich beim Bundesrat für sofortige Lockerungen ein (DDI)

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, den Auftrag nicht erheblich zu erklären. Der Vorstand unterstützt aber den Satz: «Der Kanton Solothurn soll grundsätzlich nicht mehr über allfällige, zukünftig vom Bund verordnete Pandemiemassnahmen hinausgehen.»

Begründung: Wichtig ist aber für die PG W + G der letzte Absatz: «Der Kanton Solothurn soll grundsätzlich nicht mehr über allfällige, zukünftig vom Bund verordnete Pandemiemassnahmen hinausgehen.»

Da es unmöglich ist, einen Auftrag nur teilweise gutzuheissen, lehnt die PG W + G den Vorstoss ab. Der erste Teil des Vorstosses ist hinfällig. Es gibt keine geschlossenen Restaurants und keine Home-Office-Pflicht mehr.

36 A 112/2021 Auftrag Anna Engeler (Grüne, Olten): Sicherstellung einer Alternative zur Nutzung der SwissID für den Zugriff auf elektronische Dienstleistungen im Kanton Solothurn (STK)

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, den Auftrag nicht erheblich zu erklären.

Begründung: Der Bund hat kürzlich einen neuen Anlauf genommen und eine öffentliche Konsultation in Sachen SwissID lanciert. Die Sicherstellung einer Alternative auf kantonaler Ebene ist eine zu grosse Aufgabe für den Kanton.

40 RG 196/2021 Teilrevision der Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen im Zusammenhang mit Covid-19 vom 28.9.2021 (Härtefallverordnung-SO) (VWD)

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, dem Geschäft zuzustimmen.

Begründung: Es geht in diesem Geschäft um die Missbrauchsbekämpfung. Diese ist Teil des gesamten Ablaufs.

Die Parlamentarische Gruppe Wirtschaft + Gewerbe wiederholt den Aufruf. Sie fordert den Regierungsrat auf, die Fachstelle Standortförderung von allen Corona-Aufgaben zu entlasten, damit sich diese nach bald 18 Monaten wieder um die ihr zugewiesenen Aufgaben kümmern kann.

41 RG 197/2021 Teilrevision der Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen im Zusammenhang mit Covid-19 vom 6.10.2021 (Härtefallverordnung-SO) (VWD)

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, dem Geschäft zuzustimmen.

Begründung: Es geht bei diesem Geschäft um eine Fristverlängerung für die Härtefallmassnahmen bei Geschäften mit über 5 Mio. Franken Umsatz. Diese Massnahme ist sinnvoll.

BITTE NOTIEREN

Der statutarische Anlass vom **Mittwoch, 17. November 2021 um 12.45 Uhr** mit anschliessendem Mittagessen findet im Hotel Roter Turm in Solothurn statt. Der Anlass dauert längstens bis um 13.45 Uhr.

Die Einladung wird den Mitgliedern direkt zugestellt.

Wir wünschen Ihnen eine erfolgreiche und konstruktive Session.

Andreas Gasche, Geschäftsführer